



Aus N°:

3

13. Januar 2011

# Betrogen

Jan-Martin Wiarda: »Vom Rechtsstaat geprellt« ZEIT NR. 3

Anfangs war ich in der naiven Annahme, es handele sich »nur um ein kleines Rentenproblem«, das sich klären und lösen lässt, wenn man einfach dem Rechtsstaat vertraut. Im Laufe der Jahre wurde ich eines Besseren belehrt. Bisher kenne ich keinen Fall, der im Kampf gegen die Aberkennung der bereits zugesicherten und vom Grundgesetz her geschützten Rentenansprüche erfolgreich verlaufen wäre.

Fatal ist das Beharren von verantwortlichen Politikern auf Fehlern und Schief lagen, indem sie einen Irrtum niemals zugeben dürfen. Hierbei übersehen sie wiederum, dass durch diese Haltung Vertrauen und Demokratieverständnis bei den Bürgern nachhaltig zerstört werden und der Rechtsstaat Schaden nimmt.

**Hans-Ulrich Schirmer, Großsülnder**

Die erst gut anderthalb Jahrzehnte nach dem Mauerfall bewilligte Häftlingsentschädigung für Stasiopfer korrespondiert auf unerquicklich deutliche Weise mit der Revision der 1990 vorgenommenen Rentenkürzung für DDR-Funktionäre und findet schäbige Ergänzung in der stillen Liquidation der Fremdrentengesetzgebung für Übersiedler, freigekaufte Häftlinge und Flüchtlinge aus der DDR eine angemessene Ergänzung. Die Offenkundigkeit des Rechtsbruches bedarf keiner weiteren Begründung: Dass der CDU-Experte Peter Weiss eine Änderung anstrebe, die freilich erst 2019 greife, ergänzt diese Sachlage auf schrille Weise.

**Peter Fischer, Achim**

Vielen Dank für Ihren Mut, sich dieses Themas anzunehmen. Meine eigenen Erfahrungen in der DDR und die lang ersehnte Ausreise danach decken sich mit den Schilderungen in Ihrem Artikel.

Wir waren froh, dem Unrechtsstaat entronnen zu sein und müssen nun erleben, wie die Bundesrepublik mutige Flüchtlinge und Übersiedler in Fragen der Rente betrügt. Jahrelang hat uns keiner von diesem Betrug etwas gesagt. Noch schlimmer ist, dass unsere Peiniger wesentlich höhere Renten beziehen.

**Hans-Jochen Specht, per E-Mail**

Weil ich hier leben wollte, in »Einigkeit und Recht und Freiheit«, saß ich von 1981 bis 1983 in Stasihaft. Die Hoffnung, eines Tages im freien Deutschland anzukommen, schützte uns vor der Verzweiflung. Freikauf 1983: ohne Kleider, ohne Wohnung, ohne Arbeit – netto.

Ich will und kann mich nicht damit abfinden, rententechnisch wieder zum DDR-Bürger gemacht zu werden. Bei Eingliederung in die BRD wurden uns Renten-Anwartschaften nach dem Fremdrentengesetz zugesichert. Es kann nicht sein, dass dieser amtliche Bescheid auf kaltem Wege entwertet und außer Kraft gesetzt wird.

Wir kämpfen nicht nur um die Rücknahme des Rentenbetrugs an deutsch-deutschen Flüchtlingen. Es geht vor allem um die Wahrung der Rechtsstaatlichkeit.

**Ulrike Erler-Hammer, per E-Mail**

Die Verletzung gewinnt noch dadurch an Schärfe, dass die DDR-Nomenklatura es verstanden hat, die Hebel des von ihr einst heftig bekämpften Rechtsstaates mit Erfolg zu bedienen. Ihr ist es gelungen, die Privilegien, die aus ihrer DDR-Funktionärstätigkeit herrühren, eins zu eins in Bundesrecht umsetzen zu lassen. Sie finden Gehör bei den Entscheidungsträgern der politischen Klasse wie auch beim Bundesverfassungsgericht.

**Dr. J. Holdefleiß, per E-Mail**